



Scherben bringen Glück

Schulnetzplan & Unischule

Nach vielen Verhandlungen, Vor-Ort-Begehungen und Gesprächen mit Schulleiterinnen und Schulleitern sowie den Ortsbeiräten und Ortschaftsräten wurden, auch in Zusammenarbeit mit der CDU-Fraktion, umfangreiche Änderungsanträge zum vorgelegten Schulnetzplan erarbeitet. Pünktlich zum Stadtrat besann sich die CDU aber wieder auf ihre Gegnerschaft zu allem, was Rot-Grün-Rot vorschlägt und warf uns allerhand Dinge vor. **Jens Matthis** erklärte noch einmal: „Was wir hier tun ist, die Scherben der CDU-Politik der letzten 20 Jahre aufzukehren.“ **Anja Apel:** „Wir sorgen hier dafür, dass der Schulplatzbedarf in jeder Schulart und in jedem Stadtteil gedeckt ist.“ Der von uns geänderte Schulnetzplan wurde mit den Stimmen von Rot-Grün-Rot angenommen. Das bedeutet ein neues Gymnasium für Gorbitz, 9 zusätzliche Grundschulen und die Stärkung der Förderschulen als integraler Bestandteil der Bildungslandschaft.

Mit dem Beschluss zur Bestätigung des Konzeptes einer Universitätsschule für Dresden ist nun der Weg frei für die ersten

Stellenausschreibungen, damit der Schulbetrieb im Herbst 2018 aufgenommen werden kann. Die Universitätsschule soll unter Trägerschaft der LHD in Kooperation mit der TU Dresden neueste Forschungsergebnisse der Bildungswissenschaft praktisch umsetzen und weiterentwickeln.

„Was wir hier tun ist, die Scherben der CDU-Politik der letzten 20 Jahre aufzukehren.“

Zusammensetzung, Unterstützungsbedarfen und Herkunft repräsentieren. Das nutzte die CDU-Fraktion für üble Vorwürfe, wir würden soziale Selektion vorantreiben. Das Gegenteil ist der Fall! Die Unischule wird am Standort der 101. Oberschule in der Johannstadt gegründet, weil gerade dieser Standort zu lange mit seinen Herausforderungen allein gelassen wurde. Wir freuen uns über den Beschluss und wünschen viel Erfolg für die Gründung der Schule!

Dies geht nur, wenn die Klassen der Unischule die Dresdner Bevölkerung in sozialer

Armut bekämpfen! Nicht die Armen.

Bettelverbot für Kinder: Aus Sicht der Linksfraktion hilft es niemandem, bettelnde Kinder einfach aus dem Stadtbild zu vertreiben. Die Bilder von uniformierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ordnungsamtes, die gezwungen sind, verängstigten Kindern hohe Geldbußen aufzuerlegen, dürften nur schwer zu ertragen sein. **Tilo Kießling** in der Debatte: „Niemand hier findet es gut, dass Kinder auf der Straße betteln. Aber das Betteln einfach zu verbieten, wird das Problem nur verschärfen.“ Leider sah eine Mehrheit des Stadtrates das anders. Ein Versuch, die Expertenvorschläge aus dem Jugendhilfeausschuss noch einmal zu beraten, wurde abgewiesen. Das Bettelverbot wurde mit den Stimmen von CDU, SPD, AfD und FDP angenommen. Nur LINKE und GRÜNE stimmten dagegen. In letzter Minute hatte die SPD dem Verbot noch sozialarbeiterische Begleitvorschläge hinzugefügt - für aus der Stadt vertriebene Kinder wenig wirksam. **Jens Matthis** in Richtung SPD: „Ferdinand Lassalle sagte: ‚Jede revolutionäre Tat besteht in dem Sagen, was ist.‘ Sie tun hier genau das Gegenteil. Es ist Selbstbetrug, zu glauben, die Armut würde nicht mehr existieren, nur weil Sie sie verbieten.“